

Meinungen  
und Informationen  
aus dem  
Evangelischen  
Arbeitskreis  
der CDU/CSU

Oktober 1979

# Evangelische Verantwortung

Heft 10/1979

## Zum Frieden verpflichtet

Lieber Leser!

Die Erinnerung an den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs vor 40 Jahren hat uns zugleich die ständige Gefährdung des Friedens vor Augen geführt. Denn 50 Millionen Tote, die dieser von Adolf Hitler entfesselte und den europäischen Kontinent in Schutt und Asche legende sechsjährige Wahnsinnkrieg forderte, haben offensichtlich nicht ausgereicht, um den Krieg aus der Geschichte zu verbannen. Die über Europa verstreuten Soldatenfriedhöfe sind weithin zum vergessenen Mahnzeichen geworden. Auch nach 1945 gab es kein Jahr, in dem nicht bis auf den heutigen Tag irgendwo auf der Welt Krieg geführt wurde. Korea- und Vietnamkrieg sowie die Nahost-Kriege bilden ja nur die Spitze des Eisberges, zu dem Biafra und Eritrea, Bangladesch und Kurden ebenso gehören wie Nordirland oder Nicaragua. Aber auch Ungarn-Aufstand und 17. Juni 1953 oder Prager Niederwerfung. Ein paar Namen für viele andere – und eben auch 14 Millionen Flüchtlinge im Jahr 1979, davon allein vier Millionen in Afrika. Dazu laut „amnesty international“ noch mindestens 500 000 politische Gefangene, die ja auch ein Zeugnis für den Unfrieden unserer Tage sind.

Die christlichen Kirchen, die bekennen, daß mit Jesus Christus der Frieden in die Welt gekommen ist, werden durch die Kriege und den Unfrieden, die 400 Milliarden Dollar Rüstungsausgaben pro Jahr, den Wettlauf der Großmächte um immer neue atomare Waffensysteme besonders herausgefordert. Nicht zuletzt auch dadurch, daß Christen die Augen nicht mehr davor verschließen, selbst häufig genug Mitschuld an Kriegen zu tragen. Wir meinen nicht Konfessionskriege und Kreuzzüge (auch sie sprechen nicht für die Glaubwürdigkeit der kirchlichen Verkündigung), sondern die euphorischen Predigten während des Ersten und die Zurückhaltung während des Zweiten Weltkriegs.

Das gemeinsame „Wort zum Frieden“ des Evangelischen Kirchenbundes der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) aus Anlaß des 40. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs hat in den Massenmedien der Bundesrepublik

Deutschland ein erfreulich großes Echo gefunden, ein Echo, das dieses „Wort“ zweifellos verdient hat. Nicht nur, weil es sich um die erste gemeinsame Erklärung der Protestanten im geteilten Deutschland nach der Auflösung der kirchlichen Einheit vor zehn Jahren handelt, sondern vor allem wegen des Inhalts.

Erstaunlich, daß eine gesamtdeutsche Schuld für den Zweiten Weltkrieg festgestellt wird, der man auch im Nachhinein nicht entfliehen kann. Obwohl gerade die DDR gern für sich in Anspruch nimmt, als „sozialistische Gesellschaft“ den Frieden erfunden zu haben und deshalb wohl neuerdings auch einen Wehrkundeunterricht in den Schulen – gegen den heftigen Widerstand der evangelischen Kirche – eingeführt hat. Daß in dem gemeinsamen „Wort zum Frieden“ der Friedenserziehung eine besondere Rolle eingeräumt wird, ist von vielen in seiner ganzen politischen Tragweite kaum gesehen worden. Dem Kirchenbund in der DDR gebührt für diesen Mut mehr als nur formal bekundeter Respekt. Leider haben wir in der Bundesrepublik Deutschland weithin vergessen, was es bedeutet, öffentliche Verantwortung der Kirche in einer atheistischen Gesellschaft durchzuhalten.

Das gemeinsame „Wort zum Frieden“ erinnert zugleich an das „Stuttgarter Schuldbekennnis“ der Evangelischen Kirche im Jahr 1945, in dem die Christen eingestehen, während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft nicht genug gebetet, geliebt, geholfen zu haben. Also zu schwach gewesen zu sein gegenüber den verfolgten Juden (sechs Millionen Tote in den Gaskammern, auch wenn diese unfaßbare Zahl die unverbesserlichen Braunen unserer Tage immer wieder in Zweifel zu ziehen versuchen), zu ängstlich gegenüber dem totalen Machtstaat mit seiner entarteten und die Menschlichkeit des Menschen zertrampelten Ideologie und zu befangen in einer Tradition, deren Folgen nur zu wenig wahrhaben wollten.

Das „Stuttgarter Schuldbekennnis“ fand seine umstrittene, aber mutige Fortsetzung in der Ost-Denkschrift der EKD von 1965, die den Boden für den Versuch einer Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn mit vorbereitete. Eine Aussöhnung, die übrigens von allen demokratischen Parteien im freien Teil

Deutschlands angestrebt wurde. Daß es unterschiedliche Auffassungen über die politische Durchsetzbarkeit gab, versteht sich. Aber es gehört auch zum Unfrieden in unserem Land, daß viele gegen besseres Wissen der CDU/CSU bestreiten, mit den kommunistischen Nachbarländern des Ostens in Frieden leben zu wollen. Gleiches gilt für die Heimatvertriebenen, die bereits Anfang der 50er Jahre jeglicher Gewaltanwendung zur Rückkehr in ihrer Heimat abgeschworen. Wer dies bestreitet, kann entweder nicht lesen oder will dem Vorurteil keinen Abschied geben.

So unbestritten kein Deutscher, weder im Westen, noch im Osten dem Krieg das Wort redet, so unbestritten die evangelische Kirche in ihrer Gesamtheit für den Frieden eintritt, so sind wir doch von einem Konsens noch weit entfernt. Dies gilt leider auch für die Protestanten, die nicht nur – was selbstverständlich ist – unterschiedliche Auffassungen für eine aktive Friedenspolitik haben, sondern diese jeweils politisch-dogmatisch mit Ausschließlichkeitsansprüchen vertreten.

Lange hat es gedauert, bis die Evangelische Militärseelsorge aus der Schublade ihrer Kritiker herauskam und die Kirchengemeinschaft akzeptierte, daß ein Militärfarrer nicht nur einen wichtigen seelsorgerlichen Dienst versieht, sondern auch einen erheblichen Beitrag zum Frieden leistet. Das Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr (mit rund 150 hauptamtlichen Pfarrern) hat sich durch seine umfangreichen Studien zur Friedenssicherung längst zu einem wichtigen Partner sowohl der Bundeswehr selbst als auch der allgemeinen Friedensforschung entwickelt. Allerdings hat es sich bei den innerkirchlichen Kritikern der Militärseelsorge noch immer nicht herumgesprochen, daß dieser Dienst unter kirchlicher, nicht unter militärischer Verantwortung geschieht. Die evangelische Militärseelsorge versteht sich in „kritischer Solidarität“ (Generaldekan Reinhard Gram) zur Bundeswehr und in der Herausforderung, die die modernen, die Schöpfung Gottes bedrohenden Waffen darstellen. Wer die Friedensverantwortung der evangelischen Kirche gerecht beurteilen will, darf die Arbeit der Militärseelsorge nicht unterschlagen oder gar in Mißkredit bringen. Woran es fehlt, sind genügend hervorragend ausgebildete Pfarrer, die theologisch und menschlich den Anforderungen einer Bundeswehr gewachsen sind, deren erste Aufgabe darin besteht, alles zu tun, um einen Krieg zu verhindern, der selbst die Vorstellungskraft von Apokalyptikern überfordert.

Dies wird nur zu gern von der Prager „Christlichen Friedenskonferenz“ (CFK) übersehen, die innerhalb der evangelischen Kirche über eine gewisse Anziehungskraft verfügt. Die historischen Verdienste der CFK unter ihrem verstorbenen Gründer Josef Hromadka sind unbestritten. Doch zeichnet sich die gegenwärtige CFK, besonders in ihrer bundesdeutschen Sektion, durch eine politische Blindheit gegenüber den kommunistischen Staaten aus. Das führt denn auch dazu, daß die westdeutschen CFK-Anhänger oft die Amtskirche (von deren Beamtengehältern sie ja selbst keineswegs schlecht leben) als Komplizen von Kriegstreibern darstellen. Die Friedliebenden finden sich hingegen ausschließlich im Sozialismus, wobei im letzteren selbstverständlich auch kein Wettrüsten stattfindet.

Hier wird es notwendig sein, innerhalb von Theologie und Gemeinden mehr als bislang ebenso intensiv wie sachlich zu sprechen, Vorurteile abzubauen und für mehr politisches Augenmaß einzutreten, auch wenn diese Gruppe sich gern auf die „Bekennende Kirche“ im Dritten Reich beruft. Genauso müssen unsere Verteidigungsminister gegen den Vorwurf in Schutz genommen werden, Handlanger des Wettüstens zu sein. Das gilt für die katholischen Verteidigungsminister unserer Republik ebenso wie für die bewußt protestantischen wie Gerhard Schröder, Kai Uwe von Hassel, Helmut Schmidt oder Hans Apel.

Auf einem ganz anderen Blatt steht die Frage der Neuregelung der Wehrdienstverweigerung, die das Grundgesetz Artikel 4,3 schützt. Es ist verdienstvoll, daß sich die EKD nicht nur stets zur Militärseelsorge bekannt hat, sondern auch für die Rechte der Wehrdienstverweigerer eingetreten ist. Für reformatorisches Verständnis ist es unerträglich, gesetzliche Normen für die Gewissensforschung festzulegen. Nachdem das Bundesverfassungsgericht den „Postkarten-Pazifismus“ (Helmut Kohl) verworfen hat, muß eine Regelung gefunden werden, die dem Gewissen des Einzelnen gerecht wird. Ein staats-positivistisches Prüfungsverfahren kann dem jungen Menschen, der sich auf sein Gewissen beruft, nicht gerecht werden. Deshalb wird der Bundestag gut beraten sein, die jüngste Erklärung des Rates der EKD zur Wehrdienstverweigerung sorgfältig in seine Beratungen einzubeziehen.

Erklärungen, Worte, Denkschriften, Akademietagungen zum Thema Frieden oder Militärseelsorge reichen aber als evangelischer Beitrag für eine dauerhafte Friedenssicherung nicht aus. Carl Friedrich von Weizsäcker's Sorgen vor schweren Krisen in den 80er Jahren müssen ebenso alarmieren wie das unvermindert anhaltende Wettrüsten, die Eskalation strategischer Vernichtungswaffen und die wachsenden Spannungen zwischen den reichen Industrieländern und der Dritten Welt. Von den Problemen, die sich aus dem weltweiten Verteilungskampf des Erdöls ergeben, ganz zu schweigen.

Noch immer steht die protestantische Weltverantwortung des Einzelnen im Streit mit der auf individuelles Heil bedachten Frömmigkeit. Noch immer erweist sich die weihnachtliche Friedenspredigt im Alltag eines jeden neuen Jahres als zu schwach. Anders gesagt: protestantische Predigt hat weithin ihre Kraft für die friedensstiftende Tat im Alltag verloren. Dies liegt nicht zuletzt auch daran, daß die Kirchengemeinden zuviel mit sich selbst (und ihren unfruchtbaren theologischen Händeln) beschäftigt sind und zuwenig mit der Welt, die als Schöpfung Gottes dem Menschen in der Nachfolge Christi anvertraut ist.

Dies zeigt sich recht deutlich im Blick auf das protestantische Engagement für die Dritte Welt, deren gerechter Anteil an den Gütern aller Menschen weder theologisch noch persönlich von Christen bestritten wird. Auch besteht kein Zweifel daran, daß es den beiden großen Kirchen zu verdanken ist, daß Entwicklungshilfe immer mehr als innenpolitische Aufgabe betrachtet wird. Doch die von den Kirchen in zwei Jahrzehnten aufgebrauchten 3,5 Milliarden DM zugunsten der Entwicklungsländer werden zugleich als Alibi benutzt. Das persönliche Spendenaufkommen aber eines Protestanten pro Jahr macht

noch lange nicht den Gegenwert einer Zigarettenschachtel aus. Und das bei hunderttausenden von Hungerstoten, 800 Millionen Mitmenschen unter dem Existenzminimum.

Prophetische Gabe ist nicht erforderlich, um den friedensgefährdenden Konfliktstoff zu erfassen, der sich zusammenbraut. Evangelisches Friedensbewußtsein muß also erheblich mehr entwicklungspolitisches Bewußtsein entwickeln. Protestantische Pflicht ist es darum, unablässig für mehr Dritte-Welt-Hilfe zu protestieren – durch eigenes Engagement, durch Forderung an die Politiker, die von den Vereinten Nationen verlangten 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts für Entwicklungsländer endlich durchzusetzen. Das setzt freilich Einschränkungen auf anderen Gebieten voraus.

Mehr Frieden wird auch davon abhängen, ob sich die Christen in den härter werdenden Verteilungskämpfen des geringer werdenden Wirtschaftswachstums als Vorbild erweisen. Ob Christen bereit sind, neue Wege zum Schutz der Umwelt und der Einsparung von Energie und Rohstoffen zu gehen. Ob Christen endlich dafür sorgen, daß die vier Millionen unter uns lebenden ausländischen Arbeitnehmer nicht endgültig in das Getto eines neuen Proletariats gedrängt werden – mit einem innenpolitischen Konfliktstoff ersten Ranges, dessen Zeitbombe längst tickt. Mehr Frieden also durch christliche Verantwortung.

K. Rüdiger Durth (parteilos), studierte in Marburg und Bonn evangelische Theologie, 1973 zum Pastor der Evangelischen Kirche im Rheinland ordiniert, hauptberuflich Redakteur der „Kölnischen-Bonner Rundschau“, Autor journalistischer Bücher. Sein wissenschaftliches Interesse gilt vornehmlich der kirchlichen Öffentlichkeitsarbeit.

tung für den Nächsten anstatt persönliches Wohlergehen auf Kosten anderer.

Das alles – die Probleme sind nur beispielhaft angedeutet – erfordert ein neues protestantisches Bewußtsein, das aber nur dann entstehen kann, wenn der Glaube an den Gekreuzigten wächst, durch den der Friede in die Welt gekommen ist, weil er durch seinen Tod den Menschen in seiner Schuld gerechtes gesprochen hat. Das darf nicht zu einem billigen Glauben (Bonhoeffer) führen, sondern muß in der Nachfolge Jesu für den Nächsten durchbuchstabiert werden. Der große Friede, der allein dem Reich Gottes vorbehalten bleibt, muß von den Christen in kleinen Münzen ermöglicht werden.

Die Schöpfung Gottes, eben die ganze Welt, schreit nach Frieden und damit nach Leben. In die Verantwortung für den Frieden aber ist jeder einzelne Christ hineingenommen. Nicht als einfach gültige Wahrheit, als ethische Maximalforderung, sondern als konkrete Verantwortung. Der Frieden Gottes, der höher ist als alle menschliche Vernunft, muß endlich abbildhaft deutlich werden in unserer waffenstarrten, von Kriegen übersäten Welt und in unserem friedlosen Leben, in dem jeder Krieg letztlich seinen Anfang nimmt.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr

*K. Rüdiger Durth*

## Das Missionarische Jahr mit allen Mitteln unterstützen

**Siegen:** Alle Christen ruft die Deutsche Evangelische Allianz auf, sich im kommenden Jahr besonders aktiv der Evangelisation zu widmen. Wie der Vorsitzende der Deutschen Evangelischen Allianz, Pastor Wilhelm Gilbert DD, Haiger, in einer Erklärung mitteilte, gibt das gemeinsam von Landes- und Freikirchen, landeskirchlichen Gemeinschaften und Werken durchgeführte „Missionarische Jahr 1980“ den Christen Anlaß, sich ihres vornehmlichen Auftrages erneut bewußt zu werden, allen Menschen die frohe Botschaft von Jesus Christus zu verkündigen. Nach einer Zeit, in der sich die Menschen immer mehr von der Kirche abwenden, werde heute wieder vermehrt die Frage nach Gott gestellt. Besonders die Jugend suche nach einem Sinn des Lebens. Dieser Herausforderung und Chance müßten sich die Christen stellen. Für alle Menschen gelte: „Es ist in keinem andern Heil als in

Jesus Christus allein.“ Das Ursprungsland der Reformation ist – so die Erklärung – zu einem Missionsland geworden. Im Missionarischen Jahr soll Deutschland evangelistisch durchdrungen werden. Christen aus den evangelischen Landes- und Freikirchen „wollen zu Jesus Christus rufen“. In diesem gemeinsam erkannten Auftrag und seiner gemeinsamen Erfüllung würden sie Zeugnis geben von der Einheit des Leibes Christi, wie es Ziel der Evangelischen Allianz seit ihrer Gründung 1846 in London sei. Entsprechend der in Jesus Christus vorgegebenen Einheit derer, „die sich bewußt zu Christus als ihrem Herrn und Heiland bekennen“, sollten sich alle Beteiligten bereithalten, geistlich und praktisch zusammenzuarbeiten. Die Allianz bittet die Leitungen von Kirchen, Gemeinschaften, Werken und Verbänden, Mitarbeiter und Hilfen für diese gemeinsame Evangelisation zur Verfügung zu stellen. Die Allianz fordert Christen und Gemeinden auf, sich intensiv auf das Missionarische Jahr vorzubereiten und sich mit

allen Kräften und jedem verfügbaren Mittel zu beteiligen.

## Aus dem Inhalt

|  |    |
|--|----|
| Zum Frieden verpflichtet<br>K. Rüdiger Durth                                       | 1  |
| Am Menschenbild fallen die<br>Entscheidungen<br>Gottfried Mehnert                  | 4  |
| Keine Zementierung bestehender<br>Strukturen in der Medienpolitik<br>Hans H. Klein | 6  |
| Aus unserer Arbeit   | 7  |
| EKD zur gesetzlichen Neuregelung<br>der Kriegsdienstverweigerung                   | 8  |
| Jugendhilfe darf nicht zur<br>Entmündigung werden<br>Hermann Kroll-Schlüter        | 9  |
| Aus den Tagungsprogrammen<br>der Akademien   | 10 |
| Kurz notiert   | 11 |
| Buchbesprechungen  | 12 |

# Am Menschenbild fallen die Entscheidungen

Gottfried Mehnert

Immer mehr setzt sich die Überzeugung durch, daß wir heute in einer grundsätzlichen politisch-geistigen Auseinandersetzung stehen, die sich abspielt zwischen denen, die sich dem biblischen Menschenbild verpflichtet wissen, und denen, die kollektivistische Ideen – gleich welcher politischen Einfärbung – als Menschlichkeitsideale vertreten. Wer einmal aufmerksam geworden ist für diese Auseinandersetzung, die mitunter die Formen eines Kulturkampfes annehmen kann, wie das beispielsweise in einigen Bereichen der Schulpolitik (man braucht nur das Schlagwort „Gesamtschule“ zu nennen) der Fall ist, der wird sehr schnell entdecken, daß sich die Linie dieser Auseinandersetzung verfolgen läßt bis hinein in scheinbar unbedeutende kommunalpolitische Fragen. Bei den großen politischen Streitfragen, wie etwa in der Familienrechtsreform, liegt es ohnehin auf der Hand. Erstaunlich ist es freilich, daß in manchen Bereichen der Evangelischen Kirche zwar eine hochentwickelte Sensibilität für die menschlichen Probleme, für die Würde des Menschenwesens und für Verantwortung in Bezug auf Personwürde eines jeden Menschen vorhanden ist, aber häufig die Fähigkeit fehlt, das biblische Menschenbild nun auch im praktischen Verhalten konkret werden zu lassen. Dabei wird gerade die Literatur zum Thema „Anthropologie“ zunehmend umfangreicher. Aus der umfangreichen Literatur zur Anthropologie soll hier nur auf ein grundlegendes Werk hingewiesen werden: Wolfgang Philipp, *Die Absolutheit des Christentums und die Summe der Anthropologie*. Heidelberg 1959. 2. Aufl. 1961. Doch die Menge der Publikationen scheint in einem umgekehrten Verhältnis zu stehen zum Erkennen der praktischen Relevanz des biblischen Menschenbildes. Man konstatiert viel guten Willen, der gepaart ist mit einer oft naiven Anfälligkeit für kollektivistische Lösungsangebote. Wie nützlich es sein kann, gerade auf diesem Gebiet Bewußtseinserhellung in Gang zu setzen, wird immer wieder deutlich, wenn man sich der Mühe unterzieht, in intensiven Gesprächen – etwa mit kirchlichen Jugendleitern – die im idealistischen Engagement verdrängte Anfälligkeit für bibelfremde Ideologien ins Bewußtsein zu heben.

Es sollen hier nun in einigen Punkten – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – die wichtigen Aspekte der biblischen Anthropologie und in einem zweiten Durchgang in aller Kürze einige praktische Konsequenzen daraus für das politische Handeln angedeutet werden.

## Grundlegende Aspekte des biblischen Menschenbildes

1. Im Alten wie im Neuen Testament wird der Mensch als ein Geschöpf Gottes verstanden. Damit werden zwei unterschiedliche Tatbestände ausgesagt. Mit der Geschöpflichkeit steht der Mensch neben anderen Geschöpfen, die, wie er selbst, der Begrenztheit unterworfen sind. Sein Leben verdankt er Gott, der ihm den „Geist des Lebens“ gibt und der ihn auch wieder nimmt. Diese Kreatürlichkeit ist jedoch für die biblische Sicht des Menschen nicht etwas Negatives, sondern zugleich das Merkmal der besonderen Würde des Menschen, der als ein unverwechselbares Individuum, als eine einmalige, unaustauschbare Gestaltperson von Gott ins Leben gerufen wurde. Darum ist er in die Verantwortung vor Gott gestellt, die ihm nicht durch andere, durch Institutionen, durch Kollektive abgenommen werden kann. Diese je eigene Verantwortlichkeit bedeutet zugleich die Möglichkeit und die Notwendigkeit, in Konflikte zu geraten und sich in ihnen zu entscheiden. Das ist die Freiheit, die ihm mit seiner Geschöpflichkeit gegeben ist und in der seine Schöpfungswürde beruht. Herder hat den Menschen als den ersten Freigelassenen der Schöpfung bezeichnet und damit eine Erkenntnis zum Ausdruck gebracht, die in den Begriffen unserer Zeit als Entbundenheit von den Zwängen instinkthafter Programmiertheit bezeichnet wird und die ihn heraushebt aus der Tierwelt, die instinktgesteuert ist. Es besteht aber andererseits auch die beständige Möglichkeit, sich der Last dieser Schöpfungswürde zu entledigen in der Überzeugung, sich durch Ersatzinstinkte mehr Sicherheit und mehr Menschlichkeit anzueignen.

2. Die Bibel versteht den Menschen als eine ganzheitliche Lebendigkeit. Sie kennt keine Zweiteilung, wie sie die griechische Philosophie kannte und wie sie von daher in verhängnisvoller Weise in die Christliche Geisteswelt und

Dogmatik übernommen wurde. Bis in die Gegenwart hat sich diese dualistische, genauer dichotomische Vorstellung erhalten, nach der der Körper eine minderwertige, letzten Endes belanglose Hülle ist, die für die „edle“ Seele, der Unsterblichkeit zugesprochen wurde, nichts als ein Kerker ist, aus dem sie erlöst werden muß. Für die Bibel alten und neuen Testaments ist das eine völlig fremde Vorstellung, wie übrigens auch die dogmatische Dreizerschneidung in Geist-Seele-Leib. Wo die Bibel von Seele, Leib, Geist, Herz, Fleisch, Gewissen usw. spricht, da meint sie stets die ganze unteilbare, ganzheitliche Lebendigkeit des Menschen als eine ihm von Gott zugereichte Gabe. Es ist außerordentlich schwierig, diesen Sachverhalt anschaulich begreifbar zu machen. Er hat aber erhebliche Konsequenzen für das Verhalten des Menschen in seinen sozialen Bezügen.

3. Das leitet über zu einem weiteren Aspekt; zu der von der Bibel bezeugten Tatsache, daß es zum Geschöpfsein des Menschen gehört, in mitmenschlichen Zusammenhängen zu leben, in Gemeinschaften natürlich-biologischer Art und selbstgewählter, selbstgebildeter sozialer Natur. Daraus resultiert, daß er als Personengestalt nicht nur in der Verantwortung vor seinem Schöpfer steht, sondern daß er darin und damit zugleich in der Verantwortung gegenüber seinen Mitmenschen steht. Nach biblischem Verständnis hat der Einzelne einzustehen für die Gemeinschaft, in der er lebt, für sein Volk, für seine Familie. Er hat dabei Lasten und Schuld mitzutragen, wie er andererseits auch teilhat am Segen.

4. Nach biblischem Verständnis gibt es kein „Ansehen der Person“ vor Gott, d. h. keine unterschiedliche Wertschätzung und Bewertung der Menschen. Das aber meint keinen allgemeinen Egalismus, sondern schließt im Gegenteil die Anerkennung der je eigenen, gottgewollten und selbst zu verantwortenden Eigengeprägtheit eines jeden Menschen ein. Damit ist frei-

lich von der Bibel kein statisches Prinzip gemeint, denn es gehört zum geschöpflichen Sein des Menschen, daß er in seiner je eigenen Personhaftigkeit herausgefordert ist, über sich selbst hinaus zu transzendieren, bildlich gesprochen: mit seinen Talenten zu wuchern, aus seinen Gaben und Begabungen etwas zu machen.

5. Dieses im Wesen des Menschen angelegte Über-sich-Hinauswachsen-müssen ist jedoch nach der Bibel kein Freibrief für eine uneingeschränkte Freiheit des Menschen. Er ist zwar „Freigelassener“ der Schöpfung, und er ist „zur Freiheit berufen“. Aber dies meint im Verständnis der Bibel die Freiheit von den Zwängen der biologischen Instinkthaftigkeit einerseits und von den Zwängen der aus der Bindungslosigkeit zu Gott resultierenden Dämonen und Süchte andererseits. Für das biblische Menschenbild gilt die paradox erscheinende Aussage, daß Freiheit, und zwar konkrete personale Freiheit, nur möglich ist in der Bindung an Gott, im Gehorsam gegenüber Gott, im Hören auf das Wort Gottes, im Anspruch Gottes.

6. Damit ist ein weiteres anthropologisches Merkmal angedeutet: die Fähigkeit des Menschen zur Sprache, seine Wortfähigkeit. Die Bibel versteht den Menschen als einen von Gott Angesprochenen und zum Antworten Aufgeforderten. Wiederum ist mit dieser Aussage ein zweiter Gesichtspunkt verwoben: Die geschöpfliche Begabung des Sprechens ist auch das Mittel der zwischenmenschlichen Kommunikation und darin der kulturell produktiven Entfaltung der Menschen, der Gestaltung seines Lebensraumes und der Fähigkeit, Erfahrungen über Generationen hin weiterzugeben. Die Wortfähigkeit und die damit gegebene Geschichtsfähigkeit bilden schließlich die Voraussetzung für die Möglichkeit des Menschen zum Gestalten, zum Werk, zur Arbeit. Daß es hier einen tiefen Zusammenhang gibt, wird bestätigt durch eine merkwürdige, bei den Malaien verbreitete Vorstellung, daß nämlich die Orang-Utans nur deshalb nicht sprechen, damit sie nicht zur Arbeit herangezogen werden. Für die Bibel sind diese geschöpflichen Fähigkeiten, die dem Menschen überhaupt erst das politische Tätigsein ermöglichen, gebunden an die Verantwortung vor Gott.

7. Denn nur in der Bindung an die „Quelle des Lebens“ hat der Mensch Zukunft und Hoffnung. Es bedeutet dagegen für ihn Sünde und Untergang, wenn er sich der transzendenten Bindung entzieht und der „Welt“ gleichstellt, sich in ihr Schema einpaßt. Denn nach biblischem Verständnis ist das Verfallensein an die „Welt“ identisch mit dem Verlust der geschöpflichen Würde und damit der wahren Menschlichkeit. Es ist ein Abschneiden von der Quelle des Lebens, ein Verweigern der Zukunft Gottes. Hat er seine Würde als Geschöpf Gottes, als Gestaltperson jedoch verloren, so ist er – nach biblischer Anthropologie – nicht in der Lage, diesen Verlust von sich aus zu beheben. Sünden und ihre Folgen sind für den Menschen irreparabel. „Erst eine neue Gottesanrede, die den unterbrochenen Gottesbezug erneuert, vermag das Verlorene wiederherzustellen“ (W. Philipp). Das erlösende Wort Gottes allein ruft den wortfähigen Menschen aus Welt, Sünde, Erstarrung, Selbstvergötzung und Zukunftsverweigerung heraus.

8. In besonders eindringlicher Weise wird in der Gegenwart der Fragenkomplex des Todes, der Vergänglichkeit und des Überlebens umkreist. Die Bibel hat dafür eine illusionslose Sicht anzubieten. In ihr ist der Tod kein Naturereignis, auch nicht das Ablaufen eines Uhrwerks, wie denn auch das Leben nicht ein Mechanismus ist, den man bei Defekten durch Einbau von Ersatzteilen reparieren kann. Die ganzheitliche Lebendigkeit des Menschen ist Gabe Gottes, und Gott ist es, der dieses Wunder des Menschenlebens aus Zeit und Raum zurückernt zu der Stunde, die Er bestimmt. Fremd sind der Bibel die Unsterblichkeitsvorstellungen der Religions- und Philosophiegeschichte, wie ihr auch jede Verklärung, Heroisierung und Perhorreszierung des Todes fremd ist. Die nüchterne Wirklichkeit, wie sie die Bibel beschreibt, heißt, daß die unteilbare Ganzheit des dem Menschen zugereichten Lebens auch durch den Tod, das Lebensende, nicht enträtselt wird und auch nicht verfügbar gemacht werden kann.

9. So steht also der Mensch im Verständnis der Bibel da als der, der über sein Leben nicht verfügen kann. Zwar hat er die Fähigkeit, Menschenleben zu manipulieren, einzugreifen in ihren Lauf, aber

dies geschieht letzten Endes doch nur um den Preis der Minderung ihrer Lebendigkeit. Angesichts der von der Bibel mit aller Deutlichkeit bezeugten Tatsache, daß dieses Leben unter dem Zeichen der Vergänglichkeit steht, daß der Lebensgeist Gottes nicht ewig im Menschen wohnt (1. Mose 6,3) und daß im Neuen Testament über die Frage nach dem „Wohin“ die Verheißung der Gottesherrschaft steht, ist der Mensch hineingestellt in die irdische Realität, um in ihr nach Gottes Willen zu wirken und als der, der nach Gottes Bild geschaffen ist, illusionslos, nüchtern und gehorsam das zu verwalten, was Gott ihm anvertraut.

---

### Konsequenzen des biblischen Menschenbildes

---

1. Aus der Schöpfungswürde des Menschen fließt die Verpflichtung, im politischen Handeln die Würde eines jeden Menschen zu respektieren und sie gegen jede Entmenschlichung des Menschenschöpfers auch im konkreten Gemeinschaftsleben zu schützen, insbesondere gegen Denk- und Verhaltenssysteme, die den Menschen zum Objekt der Manipulation, Uniformierung, Egalisierung usw. machen. Aus dieser Haltung heraus ist das Eintreten für die Menschenrechte begründet und gefordert.

2. Die leib-seelische Ganzheit des Menschen, wie sie die Bibel sieht, hat weitreichende Folgen für die Wertung des Menschen in den Strukturen seines Zusammenlebens. So hat beispielsweise die Bekämpfung der unbiblischen Dichotomie (Leib-Seele) des Menschen zur Überwindung der Folter beigetragen; noch der Philosoph Christian Wolff († 1754) gerechtfertigt mit der Begründung, daß durch Destruktion des Leibs die eigentliche Wirklichkeit des Menschen freigesetzt werde.

3. Individualität des Menschen und seine Gliedschaft in der Gemeinschaft fordern heraus zur personalen Verantwortlichkeit und damit zur Anerkennung personaler

---

Dr. Gottfried Mehnert ist Gemeindepastor in Kiel – zugleich gehört er seit vielen Jahren dem Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU an.

Schuldfähigkeit mit allen ihren Konsequenzen bis in die Ausgestaltung der Rechtspflege, in der die Kategorie der Schuld nicht vernachlässigt werden darf.

4. Die jedem Menschen eigene kreatürliche Geprägtheit (Verschiedenheit) ist im Verhältnis zu der Forderung der gleichmäßigen Gerechtigkeit für jedermann zu entfalten. Dies setzt Maßstäbe für die Erziehung und Bildung des heranwachsenden Menschen und für die entsprechenden von der politischen Gemeinschaft zu verantwortenden Einrichtungen der Erziehung und Bildung. Abgewiesen wird damit jede erziehungs- und bildungspolitische Tendenz, die den Menschen nach ihrem Bilde formen will. Deshalb ist vom biblischen Menschenbild her Kritik anzulegen an alle ideologischen Entwürfe, Programme und Pläne solcher Art.

5. Die Freiheit des Bürgers als politischer Lebens- und Entfaltungsraum des Menschen ist letztlich nur zu gewährleisten, wenn zugleich ein relativer Konsens über die metapolitischen Bindungen des Menschen besteht. Das Aussteigen aus den Traditionen christlichen Denkens und christlicher Sitte führt zur restriktiven Einengung der Freiheit des Bürgers.

6. Zur Wortfähigkeit des Menschen gehört der verantwortliche Umgang mit dem Wort nicht nur in der persönlichen, sondern ebenso in der politischen Sphäre und in den öffentlichen Medien der Kommunikation. Wie das Wort, so hat auch die Arbeit und ihr Ertrag kulturprägende Wirkung; Leistung und Lohn sind in ihrer Zuordnung zu sehen, zugleich aber in der Mitverantwortung für die politische Gemeinschaft.

7. Der Realismus des biblischen Menschenbildes, der selbstsüchtige Loslösung von Gott und Sündenvergebung ernstnimmt, verweist den in der politischen Sphäre Handelnden auf beständige Selbstprüfung. Der politisch Tätige muß sich dabei von der Einsicht leiten lassen, daß nicht er es ist, der Menschen in ihrem Verhältnis zu den Mitmenschen „erneuert“ und Sünden beseitigt und daß sein Handeln weder von einer optimistischen (der Mensch ist grundsätzlich gut) noch pessimistischen (der Mensch ist grundsätzlich böse) Vorstellung vom Menschen bestimmt sein darf.

8. Die grundsätzlichen Anschauungen vom Leben und vom Tod waren stets ausschlaggebend für die Wertung und die entsprechende Behandlung des Menschen, insbe-

sondere die Eingriffe in sein Leben. Vom biblischen Menschenbild her verbieten sich Maßnahmen, die den Menschen lediglich als Objekt der Biologie, als naturhaft funktionierenden Mechanismus betrachten. Der Schutz des werdenden Lebens, die sittliche Begrenzung der Selbstverfügbarkeit über seinen Leib und sein Leben, der Wert des Alters als sozial produktiver Faktor und der Respekt vor dem je eigenen Tod sind Grundsätze, die das biblische Menschenbild im Blick auf die Wertordnung der Gemeinschaft fordert.

9. Die Bindung an Gott des seiner „Vergänglichkeit“ bewußten Menschen verlangt von jedem Christen, daß er politisch verantwortlich lebt und handelt. Er darf sich nicht in sein Privatleben zurückziehen, sondern ist verpflichtet, sich nach seinen Kräften und Möglichkeiten dem Gemeinwohl zu widmen. Er wird allerdings „Politik“ nicht in verengter Perspektive des „Berufspolitikers“ und der ausgesprochen politischen Organisationen sehen, sondern in allen Betätigungsfeldern des öffentlichen, gemeinschaftlichen und staatlichen Lebens. Dabei bewahrt ihn seine Gottesbindung vor der Verführung durch Utopien und Ideologien.

## Keine Zementierung bestehender Strukturen in der Medienpolitik

Hans H. Klein

**Der Vorsitzende des Gesprächskreises Medienpolitik der CDU/CSU-Bundstagsfraktion, Professor Dr. Hans H. Klein, Abgeordneter der CDU aus Niedersachsen, äußert sich nachfolgend zu feststellbaren Tendenzen medienpolitischer Probleme, wie sie sich anläßlich der 5. Internationalen Funkausstellung in Berlin ergaben.**

In den bisherigen Kommentaren zur diesjährigen Berliner Funkausstellung überwiegt nicht zufällig eine spürbare Skepsis gegenüber den vielfältigen neuen Möglichkeiten der Kommunikationstechnik. Die prinzipiell berechnete, von der tatsächlichen Entwicklung erfahrungsgemäß allerdings immer wieder überholte Frage, ob alles, was technisch möglich ist, denn auch gemacht werden sollte, steht im Vor-

dergrund vieler Äußerungen. Sie drängt sich dem Besucher der Funkausstellung auch geradezu auf durch den tosenden Lärm, der ihm in vielen Ausstellungsräumen aus zahllosen Apparaten entgegenschallt und angesichts der ungezählten Fernsehkameras und Bildschirme, die auf ihn herab- und ihm entgegenblicken. Orwells 1984 muß ihm in greifbare Nähe gerückt erscheinen. Die Vision eines Menschen, in dessen Wohnung außer elektronischem Gerät allenfalls noch Bett und Kochnische Platz finden und dessen Tätigkeit auf die Bedienung von Knöpfen und Tasten beschränkt, ist die beinahe unvermeidliche Folge der geballten Präsentation des technischen Fortschritts.

Schon jetzt ist erkennbar, daß das verständliche Unbehagen vie-

ler Besucher der Funkausstellung medienpolitisch genutzt werden soll. So wird beispielsweise im Streit um die Vermehrung der Rundfunkprogramme und die Zulassung privater Konkurrenz im Rundfunk an die sich unwillkürlich einstellende Neigung, das Neue, Unbekannte, Verwirrende, Verändernde abzulehnen, appelliert, um bis auf weiteres eine Zementierung bestehender Strukturen zu erreichen.

Vor solchem Bestreben ist zu warnen. Zwar sind die neuen Kommunikationstechniken und ihre Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Beziehungen gewiß nicht problemlos. Sie zu dämonisieren besteht jedoch kein Anlaß; denn obsie dem Menschen zum Segen oder zum Fluch gereichen, hängt von dem Gebrauch ab, den er von ih-

nen macht. Dabei ist zweierlei zu bedenken:

— Erstens lehrt die Erfahrung, daß sich die Ingebrauchnahme technischer Neuerungen — sind sie einmal verfügbar und wirtschaftlich — jedenfalls in einer freiheitlichen Ordnung auf die Dauer nicht verhindern läßt. Es ist deshalb töricht, Emotionen gegen sie zu schüren, statt das Augenmerk auf eine sinnvolle Nutzung zu richten. So werden Kabel- und Satellitentechnik die Empfänger in der Bundesrepublik Deutschland in Kürze unzweifelhaft mit zahlreichen zusätzlichen Programmen aus dem Ausland versorgen, einschließlich solcher privater Veranstalter. Angesichts dessen stellt sich nur die Frage, ob der deutsche Markt — sieht man von unseren bisherigen Hörfunk- und Fernsehprogrammen ab — diesen ausländischen Anbietern überlassen bleiben oder auch weiteren inländischen Veranstaltern geöffnet werden soll. Alles andere ist blanke Theorie.

— Zweitens legt unsere Verfassungsordnung um der Freiheit der Kommunikation und der Vielfalt der Information willen dem Staat bei seinen ordnenden Eingriffen in diesem Bereich wohlweislich die äußerste Zurückhaltung auf. Sie unterscheidet sich von totalitären und autoritären Ordnungen gerade dadurch, daß sie eine staatliche Steuerung des Informationsstroms und damit auch eine Reglementierung des Informationsangebots nicht zuläßt, sondern es dem einzelnen anheim gibt, welche Informationen er sich in welchem Umfang zu beschaffen wünscht. Der demokratische Rechtsstaat lebt von dieser Freiheit des Informationsaustauschs, auch wenn unlegbar die durch die moderne Technik ermöglichte Informationsschwemme Probleme aufwirft. Sie durch autoritative staatliche Satzung zu lösen — durch eine Beschränkung der Zahl der Informationsanbieter etwa, durch das Verbot des Empfangs bestimmter Programme, dessen Wirkun-

gen auch durch die Verhinderung der Nutzung neuer technischer Entwicklungen erreicht werden, wie sie bei uns das Monopol der Post für die Fernmeldetechnik möglich macht, oder durch die Verordnung eines fernsehfreien Tages — ist in einer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung ausgeschlossen.

So täten alle Verantwortlichen gut daran, statt zwar begreiflichen, aber irrationalen Abwehrhaltungen Vorschub zu leisten, die Menschen hierzulande auf die kommenden Dinge vorzubereiten — nicht im Sinne resignativer und möglichst restriktiver Hinnahme des Unvermeidlichen, sondern zum Zwecke verantwortungsbewußter Nutzung eines vervielfachten Angebots zum Vorteil des einzelnen und der Gemeinschaft. Die Alternative zu einem solchen politisch verantwortlichen Verhalten ist nicht etwa, daß die sich abzeichnenden Entwicklungen nicht eintreten, sondern eben nur, daß jegliche Vorbereitung auf sie unterbleibt.

## Aus unserer Arbeit

### Statt mehr Staat verstärkte Hilfen

**Saarbrücken:** Die Devise: „So wenig Staat wie möglich, soviel Hilfe wie nötig“, verbindet der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU Saar mit dem Jugendhilfegesetz, das zur Zeit beim Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages in Beratung ist. „Echte Sorge um die Integrität unserer Familien“, so Vorsitzender Kurt Thürk, hatte den Landesarbeitskreis bewogen, Vertreter der evangelischen Kirche zu einem Gespräch über dieses Gesetz und seine Problematik einzuladen.

Am Anfang dieses Gesprächs, das nach dem Willen beider Seiten nicht das letzte seiner Art bleiben soll, kritisierte Thürk, selbst Richter und bis 1976 Bundestagsabgeordneter, an dem zur Rede stehenden Gesetzentwurf, daß es dem Staat die Möglichkeit gebe, auch in die intakten Familien „hineinzuregieren“. Eine Verbesserung des derzeitigen Gesetzeszustandes konnte er namens des EAK nur befür-

worten: „Wir wollen nicht, daß der Staat den Eltern diktiert, was sie zu tun und zu lassen haben.“

Während aus den Reihen des Arbeitskreises wiederholt die Überbetonung des Kinderrechtes beklagt wurde, waren die Vertreter der evangelischen Kirche nicht gar so besorgt. Aus ihrem Kreis wurde darauf verwiesen, daß dank einer konstruktiven Debatte die „Pferdefüße“ des Gesetzes weitgehend zum Verschwinden gebracht wurden. Es wurde auch die Möglichkeit gesehen, daß in unserem Staat die Familie sich bei unberechtigten staatlichen Eingriffen in die Erziehung zur Wehr setzen könne.

EAK-Sprecher, unter ihnen Rechtspflegerminister Rainer Wicklmayr, äußerten sich gegen eine normative Auslegung des Gesetzes. Wicklmayr erklärte, daß die CDU/FDP-Landesregierung gern ein neues Jugendhilfegesetz hätte, da das alte zu wenig Differenzierungsmöglichkeiten biete. Der vorliegende Entwurf erschien ihm jedoch zu per-

fektioniert. Er sprach aber die Hoffnung auf Korrekturen aus. Wicklmayr schnitt auch das Thema der Subsidiarität an. In dieser Hinsicht tangiere das Gesetz auch die Träger der freien Wohlfahrtspflege.

In der Auffassung, daß der Staat nicht in diesem Sinne „allmächtig“ werden dürfe, waren sich beide Seiten einig. So hob auch Superintendent Martin Ohly (Ottweiler) abschließend hervor, daß die freien Kräfte in ihren Angeboten vom Staat nicht beschnitten werden dürfen.

Kurt Thürk dankte allen Anwesenden für ihre rege Diskussteilnahme. Besonderer Dank an diesem Abend galt dem kürzlich ausgeschiedenen Bundesgeschäftsführer des EAK, Dr. Peter Egen, der zusammen mit seinem Nachfolger Wilhelm Staudacher an der Saarbrücker EAK-Veranstaltung teilnahm. Kurt Thürk verwies auf die gute Zusammenarbeit, die zwischen dem EAK-Landesarbeitskreis Saar und der EAK-Bundesgeschäftsstelle

über viele Jahre hinweg bestanden habe. Dabei seien Offenheit und Verantwortungsbewußtsein Basis des guten Miteinanders gewesen.

### Abschiedsempfang für Dr. Peter Egen

**Bonn:** Mit einem großen Empfang im Konrad-Adenauer-Haus verabschiedete sich der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) von seinem Bundesgeschäftsführer Dr. Peter Egen, der dieses Amt elf Jahre inne hatte. Sein Nachfolger wurde der Jurist Wilhelm Staudacher.

EAK-Bundesvorsitzender Professor Dr. Roman Herzog konnte zahlreiche prominente Unions-Protestanten begrüßen, darunter auch die ehemaligen Minister Dr. Gerhard Schröder, Dr. Werner Dollinger und Prof. Dr. Wilhelm Hahn. Roman Herzog würdigte zusammen mit Werner Dollinger Dr. Egens Verdienste um den EAK, was auch Oberkirchenrat Hermann Kalinna vom Amt des Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche am Sitz der Bundesregierung bestätigte. Kalinna:

„Der EAK ist eine wichtige und lohnende Aufgabe. Aus guten Gründen seien evangelische Christen in allen Parteien tätig. Das Gespräch der Parteien wiederum sei für die Kirche von großer Bedeutung.“

Unter den Gästen waren neben zahlreichen Theologie-Professoren, Akademie-Direktoren, führenden

Vertretern der Unions-Parteien – so u. a. der frühere CDU-Generalsekretär Dr. Bruno Heck – auch Bischof D. Hermann Kunst und Generaldekan Reinhard Gramm.

### Kurt Meythaler feierte seinen 65. Geburtstag

**Pforzheim:** Ins „Rentenalter“ kam Pfarrer Kurt Meythaler, weithin durch seine Tätigkeit als Seelsorger in den Pforzheimer Krankenhäusern „Siloah“ und „St. Trudpert“ bekannt. Obwohl er dieses, seit sechs Jahren mit großer Freude und Hingabe versehene Amt wegen der nunmehr erreichten Altersgrenze in Kürze abgeben wird, ist dies für ihn kein Anlaß, die Hände in den Schoß zu legen.

Er will sich vielmehr, so gab er in einem Gespräch zu verstehen, in verstärktem Maße der Arbeit im Evangelischen Arbeitskreis der CDU, dessen Kreisvorsitzender und stellvertretender Landesvorsitzender er ist, widmen. Auch die Pforzheimer Senioren-Union freue sich, wenn ihr „Vize“ in Zukunft mehr Zeit für sie erübrigen könne.

Diese Tätigkeit im politischen Bereich kommt bei Kurt Meythaler nicht von ungefähr. Schon als 17-jähriger gehörte er der Jugendorganisation des Christlich-Sozialen Volksdienstes, der „Evangelischen Jungfront“ an. Noch heute erinnert sich Pfarrer Meythaler an die denkwürdige Landestagung der

Jungfront mit dem Pforzheimer Volksdienst-Stadtrat Alfred Rücklin im Jahre 1932, der letzten vor dem Verbot durch die NS-Machthaber. Während des Dritten Reiches gehörte er von Anfang der „Bekennenden Kirche“, zeitweise als Landesobmann der badischen Studentenschaft, an. Solche „Tätigkeit“ brachte wie vielen Gleichgesinnten ernste Unannehmlichkeiten: Verhöre, Hausdurchsuchungen und wiederholte Verhaftungen durch die Gestapo blieben nicht aus.

Heidelberg-Rohrbach, Baden-Baden, Mückenloch und Dilsberg im heutigen Rhein-Neckar-Kreis waren nach 1945 weitere Stationen seines seelsorgerischen Wirkens, ehe ihn der Oberkirchenrat 1955 zum Gemeindepfarrer der damals aus acht Filialorten bestehenden Diasporagemeinde Philippsburg berief. Achtzehn Jahre lang war er dort Seelsorger und gehörte zusammen mit dem früheren Landtagspräsidenten Dr. Franz Gurk viele Jahre dem Vorstand des CDU-Kreisverbandes Bruchsal an und half im Evangelischen Arbeitskreis.

Daß er sich in körperlicher und geistiger Frische noch lange Jahre für diese von ihm vertretenen Ziele einsetzen kann, wünschten ihm an seinem Festtag nicht nur seine Freunde aus dem kirchlichen und politischen Bereich, darunter auch CDU-Stadtverbandsvorsitzender Bürgermeister Frank, sondern auch zahlreiche Bekannte und viele ehemalige Patienten des „Siloah“ und „St. Trudpert“.

## EKD zur gesetzlichen Neuregelung der Kriegsdienstverweigerung

Rat der EKD fordert Änderung und baldige gesetzliche Neuregelung – Wortlaut des Kommuniqés.

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) beschäftigte sich auf seiner Sitzung am 7. und 8. September 1979 in Hannover unter Vorsitz von Landesbischof D. Eduard Lohse mit den dem Deutschen Bundestag vorliegenden Entwürfen zu einem Kriegsdienstverweigerungsneuordnungsgesetz (KDVG). Seinen Überlegungen lagen die Erfahrungen mit dem gel-

tenden Recht und die von Synode und Rat der EKD abgegebenen Erklärungen zum Recht der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen zugrunde. Zu den Vorschlägen zur Neugestaltung des Anerkennungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer und den Grundsätzen der angestrebten Zivildienstregelung erklärt er:

1. Ein Wehrpflichtiger kann zwar eine Gewissensentscheidung gegen den Kriegsdienst mit der Waffe gemäß seinem Ausdrucksvermögen begründen und darlegen, seine Ge-

wissensbindung entzieht sich aber richterlicher Beurteilung. Die Problematik wird noch dadurch verschärft, daß die Gewissensentscheidung auf die Situation eines zukünftigen Krieges bezogen ist, die nur vorgestellt werden kann. Dies ist nicht genügend berücksichtigt, wenn in den Entwürfen (Art. röm. 1 Paragraph 5) nicht nur die „Ernsthaftigkeit“, sondern auch die „Unausweichlichkeit“ der Gewissensentscheidung zum Gegenstand der Überprüfung gemacht wird. Nach Ansicht des Rates war der Sachverhalt im Wehrpflichtgesetz vom

13. 7. 1977 sachgemäßer geregelt. Danach sollten die Ausschüsse die Ernsthaftigkeit der Berufung auf das Grundrecht des Art. 4 Abs. 3 GG prüfen. Der Antragsteller sollte seine Gewissensentscheidung nach seinem persönlichen Ausdrucksvermögen einleuchtend begründen. Die Ablehnung sollte auf gerichtlich nachprüfbare Tatsachen gestützt werden. Diese Entscheidungsgrundsätze sollten wieder aufgenommen werden.

2. Paragraph 1 des geltenden Zivildienstgesetzes bestimmt, daß Zivildienstleistende vorrangig im sozialen Bereich beschäftigt werden. Dadurch wurde verhindert, daß sich der Schwerpunkt des Dienstes in Bereiche verlagert, die keine Voraussetzungen für den Zivildienst als einen sozialen Friedensdienst mehr bieten. Durch die Streichung der Worte „vorrangig im sozialen Bereich“ (Art. röm. 2 Paragraph 1) entfielen diese Sicherung. Im Blick

auf die weiteren Vorschläge zur Neuordnung des Zivildienstes schließt sich der Rat der Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände vom 23. 6. 1979 an.

Der Rat hält es für unabdingbar, daß die vorliegenden Entwürfe in diesen beiden Punkten geändert werden. Er bittet den Bundestag, das dringend notwendige neue Gesetz bald zu verabschieden.

## Jugendhilfe darf nicht zur Entmündigung werden

Hermann Kroll-Schlüter

**Der Verfasser nachfolgender Betrachtung ist Mitglied des Deutschen Bundestages und zugleich Vorsitzender des Bundesfachausschusses „Jugendpolitik“ der CDU. Seit vielen Jahren hat er sich mit großem Engagement um die spezifischen Sorgen und Nöte junger Menschen bekümmert. Er selbst stammt aus der Arbeit der katholischen Jugend und weiß daher, welche Probleme Jugendliche heute haben.**

Die Unionsparteien haben seit 1975 immer wieder das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in den Mittelpunkt der konstruktiven Oppositionsarbeit gestellt und dort, wo sie in Regierungsverantwortung stehen, in vielfältiger Weise den arbeitslosen Jugendlichen geholfen. Damals wurde ihnen von der Regierung entgegengehalten, daß Jugendarbeitslosigkeit kein Problem sei. Inzwischen ist das Problembewußtsein der Öffentlichkeit sehr geschärft, und es sind allenthalben große Anstrengungen unternommen worden, Ausbildungsplätze bereitzustellen.

Jetzt wird von der Bundesanstalt für Arbeit berichtet, daß eine deutliche Entspannung der Situation eingetreten ist. Die Jugendarbeitslosigkeit ist um 21 Prozent gesunken. Es liegen auch erste wissenschaftliche Untersuchungen zur Jugendarbeitslosigkeit vor, die zu einer differenzierten Betrachtung auffordern: Es gibt anscheinend vier Problemgruppen jugendlicher Arbeitsloser. Die beiden Risikofaktoren sind schlechte Schullauf-

bahn und schlechtes Familienleben. Bei einem ermutigenden Familienleben und einer gelungenen Schullaufbahn ist Jugendarbeitslosigkeit ein vorübergehendes Anpassungsproblem, das keine Tiefenschärfe entwickelt. Bei gutem Familienleben und schlechter Schullaufbahn kann man den Jugendlichen dennoch eine gute Prognose für die Berufsfindung stellen. Bei schlechtem Familienleben und guter Schullaufbahn kommt man in einen problematischen Bereich. Die Jugendlichen sind zwar berufsfähig, aber es gibt erhebliche Hemmungen, die als berufsferne Persönlichkeitsstruktur von den Jugendlichen und den Anbietern von Ausbildungsplätzen empfunden werden.

Die wirkliche Problemgruppe stellen die Jugendlichen aus schlechten Familien und mit schlechter Schullaufbahn dar. Sie wären auch dann ein Problem, wenn es keine Jugendarbeitslosigkeit gäbe. Für diese Problemgruppe sind gezielte Hilfen unerlässlich.

Bemerkenswert ist der Unterschied zwischen Stadt und Land. Die jugendlichen Arbeitslosen im ländlichen Raum sind überwiegend sozial besser integriert, sie sind zwar ohne Ausbildungsplatz, aber nicht ohne sozial anerkannte Tätigkeiten, zum Beispiel im Familienbetrieb oder bei der Nachbarschaftshilfe. Überwiegend liegt die Dauer der Arbeitslosigkeit zwischen drei und sechs Monaten, so daß sie ohne tiefgreifende seelische Auswirkungen bleibt. Die allgemein gehaltenen Vermutungen, daß die Be-

troffenen apathisch sind, sich zurückziehen, sozial isoliert werden und resignieren, eine Nähe zu unsozialem Verhalten – Kriminalität, Alkoholismus, Sucht – entwickeln, lassen sich in pauschaler Form nicht halten. Mehr als 97 Prozent der Jugendlichen sind in geordneten Ausbildungs- und Berufsverhältnissen. Dennoch ist ihr Bewußtsein häufig durch die Angst vor der Arbeitslosigkeit geprägt.

Von der Linken wird die Jugendarbeitslosigkeit mit ihren Folgen in so dramatischer Weise öffentlichkeitswirksam geschildert, daß es ihnen gelingt, weite Teile der Jugend zu verunsichern und zu ängstigen. Eine sachgerechte und ermutigende Berufsberatung ist deshalb sehr wichtig. Die Jugendlichen ohne Ausbildungsplätze haben häufig eine unrealistische Erwartung an Traumberufe, und es dauert einige Monate, ehe sie sich auf die Realität einstellen.

Die SPD/FDP beginnt nun in dieser Situation zu überdrehen und aus pauschalem, lautem Wehklagen (Wer hat eigentlich die Verantwortung für diese Fehlentwicklungen?) eine Systemveränderung zu planen, statt sich auf eine differenzierte Hilfe zu konzentrieren. Die Jugendlichen sollen über alle Maßen lange in der Schule festgehalten werden, der Dirigismus des Staates wird energisch wirksam gemacht. Die Hilfe wird so systemwidrig geplant, daß Fehlanpassungen die Folge sind. Für die Union ist es wichtig, daß Jugendhilfe nicht zur Entmündigung wird.

# Aus den Tagungsprogrammen der Akademien

## **Evangelische Akademie**

**Arnoldshain, 6384 Schmitten 1**

19. bis 21. Oktober 1979

Sicherheit und Entspannung in Europa.

Tagung mit dem Polnischen Ökumenischen Rat. — Der Beitrag der Kirchen in der Volksrepublik Polen und in der Bundesrepublik Deutschland.

14. bis 16. November 1979

Leistung in der Schule —

Eine Tagung für Eltern, Lehrer und Schüler.

## **Evangelische Akademie**

**7325 Bad Boll**

25. bis 28. Oktober 1979

und 14. bis 17. November 1979  
(in Bad Teinach)

Möglichkeiten und Chancen der nächsten Jahre.

Tage des Gesprächs für Berufstätige ab 50 aus Industrie, Wirtschaft und Verwaltung.

13. bis 15. November 1979

Sport und Politik — Am Beispiel der Olympischen Spiele in Moskau Diese Tagung wird mit der Absicht durchgeführt, das immer schwieriger werdende Verhältnis von Sport und Politik öffentlich zu diskutieren und transparent zu machen.

**Evangelische Akademie Baden,  
Postfach 2269, 7500 Karlsruhe 1**

12. bis 14. Oktober 1979

(in Bad Herrenalb)

Meister Eckhart heute — Tagung über seine Bedeutung für den suchenden Menschen unserer Zeit.

## **Evangelische Akademie**

**von Kurhessen-Waldeck**

**Schlößchen Schönburg,  
Postfach 12 05, 3520 Hofgeismar 1**

25. bis 28. Oktober 1979

Symbol und Symbolik in Geschichte und Politik.

Gesellschaft für Geistesgeschichte.

5. bis 7. November 1979

Auswärtige Kulturpolitik als Entwicklungspolitik —

Stand und Funktion der deutschen Kulturpolitik in der Dritten Welt. Expertengespräch

**Evangelische Akademie  
Rheinland-Westfalen, Haus Ortlohn  
Berliner Platz 12, 5860 Iserlohn**

1. bis 3. November 1979

Jung und alt in Gesellschaft und Kirche —

Tagung mit ehemaligen Mitarbeitern des Diakonischen Werkes Westfalen und anderen Interessierten.

17. bis 18. November 1979

Kirche zwischen Evangelium und Politik —

Akademietagung mit Dr. Heinz Zahrt.

**Evangelische Akademie Loccum,  
3056 Rehburg-Loccum 2**

9. bis 11. November 1979

Politische Sprache — Maßstäbe ihrer Bewertung.

16. bis 18. November 1979

Die Orientierungskrise unserer Gesellschaft und die Rolle des Christentums.

**Evangelische Akademie Nordelbien,  
Postfach 13 60, 2360 Bad Segeberg**

2. bis 4. November 1979

Glaube, Wissenschaft und die Zukunft

Die Weltkonferenz des Ökumenischen Rates der Kirchen in Cambridge/USA und ihre Konsequenzen für die Evangelischen Kirchen in Deutschland.

Für Naturwissenschaftler, Theologen und Mitarbeiter in Umwelt- und Alternativgruppen.

**Evangelische Akademie Tutzing,  
Schloß, Postfach, 8132 Tutzing**

26. bis 28. Oktober 1979

Privilegiert oder abhängig?

Zur Situation der Führungskräfte in Wirtschaft, Verwaltung, öffentlichem Dienst und Kirche.

9. bis 11. November 1979

Kunst und Wissenschaft — Begegnung zweier Kulturbereiche.

**Evangelische Akademie der Pfalz  
Große Himmelsgasse 6,  
6720 Speyer**

20. bis 21. Oktober 1979

(in Haus Mühlberg)

Zur Hoffnung berufen — was bleibt vom Nürnberger Kirchentag?

3. bis 4. November 1979

(in Ebernburg)

Tagung für konfessionsverschiedene Familien

(Veranstalter: Gemeinsame Kommission für ökumenische Fragen)

**Katholische Akademie  
der Erzdiözese Freiburg,  
Wintererstraße 1, 7800 Freiburg**

27. bis 28. Oktober 1979

(in Mannheim)

Alleinsein — Lebensform mit Zukunft?

Prof. Dr. Rudolf Affemann, Stuttgart  
Prof. Dr. Bardo Weiß, Mainz  
Prof. Dr. Edeltraut Meistermann-Seeger, Köln

10. bis 11. November 1979

Die Frau in Kirche und Gesellschaft  
Dipl.-Volkswirtin Renate Köcher,  
Institut für Demoskopie, Allensbach  
Wiss.-Ass. Gotthard Fuchs, Bamberg  
Dr. Anneliese Lissner, Düsseldorf  
Rita Gaeng, Ettlingen

**Hermann-Ehlers-Akademie,  
Gurlittstraße 3,  
2300 Kiel-Projensdorf**

14. bis 20. Oktober 1979

(Leck und Straßburg)

Europa-Seminar —

Das Europäische Parlament in der Bewährung

**Kommende, Sozialinstitut  
des Erzbistums Paderborn,  
Brackeler Hellweg 144,  
4600 Dortmund 12**

2. bis 4. November 1979

(in Haus Bockholt, Allagen)

Jugendreligionen und ihr Einfluß auf junge Erwachsene —

Tagung für Studienanfänger in Zusammenarbeit mit der KSG Dortmund

### **Friedrich Hänssler: Evangelikale Bücher sind Mittel der Mission**

**Siegen:** „Evangelikale Bücher sind bewußte Tendenzliteratur. Sie möchten beeinflussen“, erklärte der Verleger Friedrich Hänssler, Stuttgart-Neuhausen, auf dem Tag der Deutschen Evangelischen Allianz im September in Siegen. Bücher seien oft die einzige Brücke, um anderen das Evangelium nahezuzubringen. In diesem Sinn ist – so Hänssler – die Arbeit mit dem christlichen Buch Missionsarbeit. Nach seinen Angaben haben die evangelikalen Verlage in den letzten Jahren stark expandiert. Der Anteil evangelikaler Bücher am protestantischen Buchmarkt betrage mittlerweile über 65 Prozent. Die „gute und gesunde Konkurrenz“ unter den evangelikalen Verlagen habe dazu geführt, daß die Qualität sich besserte. Im Gegensatz zur Situation noch vor einem Jahr besprächen auch immer mehr Zeitungen evangelikale Bücher. Häufig würden in der katholischen Presse evangelikale Bücher positiver bewertet als in der evangelischen.

### **Evangelikale Publizisten für Privatfernsehen und -rundfunk**

**Siegen:** – Die Konferenz Evangelikaler Publizisten (KEP) befürwortet Privatrundfunk und -fernsehen neben dem öffentlich-rechtlichen System. Nur so sei gewährleistet, daß auch christliche Gruppen, denen sonst nicht ausreichend Sendezeit gewährt werde, ihre Ansichten einer breiten Öffentlichkeit vorstellen könnten. Dies wurde nach einem Treffen evangelikaler Publizisten in Siegen bekannt. Auf dem Tag der Evangelischen Allianz in Siegen bezeichnete es Pastor Horst Marquardt, Wetzlar, als „unbegreiflich, daß der Evangeliums-Rundfunk nur über Stationen im Ausland wie Radio Monte Carlo und Radio Luxemburg seine Programme ausstrahlen kann“. Gerade angesichts des „Missionarischen Jahres 1980“ müßten sich die evangelischen Kir-

chen dafür einsetzen, daß alle Mittel der Kommunikation einschließlich privater Sender genutzt werden können, um Deutschland mit bewußt christlichen Aussagen zu erreichen, meinte Marquardt, Programmdirektor des Evangeliums-Rundfunks in Wetzlar. Außer diesem Rundfunk strahlen auch andere Missionswerke Programme in deutscher Sprache über ausländische Sender nach Deutschland aus.

Die 1975 nach dem zweiten Gemeindetag unter dem Wort in Stuttgart gegründete KEP und Horst Marquardt widersprachen mit ihrer Stellungnahme der Medienklärung der Kanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) vom 4. September. Danach hat der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof D. Eduard Lohse, Hannover, bei Spitzengesprächen zwischen dem Rat der EKD und der Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands (ARD) sowie dem Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) in Berlin erneut das Eintreten der EKD für einen öffentlich-rechtlichen organisierten, von „kommerziellen Zwängen freien Rundfunk“ bekräftigt. Nach Ansicht der EKD gewährleiste die öffentlich-rechtliche Organisationsform, die nicht vollkommen, sondern im Detail kritikbedürftig sei, die Erfüllung des Programmauftrages von Information, Unterhaltung und Bildung „am besten“. Im einzelnen fordere die EKD dabei, daß der Zugang aller gesellschaftlichen Gruppen und Kräfte sichergestellt sei.

### **Georgi Wins: Die russische Jugend hat den Atheismus satt**

Die russische Jugend hat nach Angaben des bisherigen Generalsekretärs der nichtregistrierten Evangeliumschrinden/Baptisten in der Sowjetunion, Georgi Wins, „den Atheismus satt“; sie suche Halt in der Bibel. Wins, der Ende April zusammen mit vier Regimekritikern gegen zwei sowjetische Spione ausgetauscht und in die USA abgeschoben worden war, berichtete kürzlich bei einer Pressekonferenz in Bad Homburg, der „geistliche

Kampf“ der nichtregistrierten baptistischen Gemeinden habe viele Jugendliche angezogen, die nun das Evangelium aktiv in der Bevölkerung verbreiteten. Durch Gefängnis oder Straflager seien diese jungen Menschen in ihrem Glauben noch gefestigt worden. Während früher jede Teilung der Gemeinde eine Schwächung gewesen sei, habe die Trennung seiner „Reform-Baptisten“ von den im baptistischen Allunionsrat zusammengeschlossenen, offiziell zugelassenen Gemeinden zu einer Stärkung der Religion in der UdSSR geführt.

Wins, der von 1966 bis 1969 und von 1974 bis zu seiner Ausreise inhaftiert war, distanzierte sich erneut von den politischen Dissidenten, die mit ihm zusammen freigelassen wurden. Er erklärte, ihm gehe es einzig und allein um die Religionsfreiheit. Der seit 20 Jahren bestehende Bund der „Reform-Baptisten“ arbeite nicht gegen die Sowjetregierung, bestehe aber auf einer völligen Trennung vom Staat. Deshalb hätten die ihm angeschlossenen Gemeinden mit rund 100 000 Mitgliedern die Registrierung abgelehnt, die nach ihren Erfahrungen zur Kontrolle der Kirche durch den Staat führe. Daß die Baptistengemeinden in der UdSSR heute mehr Freiheit hätten als vor 20 Jahren, sei darauf zurückzuführen, daß Tausende sich offen gegen eine solche Kontrolle zur Wehr gesetzt hätten. Ähnliche Entwicklungen seien auch bei anderen Kirchen zu beobachten. „Die Christen in der UdSSR wünschen die volle Trennung vom Staat“, erklärte Wins.

### **Allunionsrat der Zusammenarbeit mit dem KGB beschuldigt**

Dem Allunionsrat, dem die weitestmeisten sowjetischen Baptistengemeinden angeschlossen sind, warf er vor, mit dem sowjetischen Staatssicherheitsdienst KGB zusammenzuarbeiten. An die Christen in der Bundesrepublik, vor allem die Baptisten, appellierte er, den Bund der „Reform-Baptisten“ zu unterstützen und dadurch seine Anerkennung durch die sowjetische Regierung zu fördern. U. a. schlug Wins vor, den Vorsitzenden des Bundes, Pastor G. K. Krjutschkow, zu Kongressen einzuladen.

## Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Kultusminister Prof. Dr. Roman Herzog; Dr. Werner Dollinger, MdB; Prof. D. Dr. Wilhelm Hahn, MdB; Kai-Uwe von Hassel, MdB; Friedrich Vogel, MdB • Redaktion: Dr. Peter Egen, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (0 22 21) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4 DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK – Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten.

### Buch- besprechungen

Wolfram Lackner  
**Kirche ohne Religion.**

**Ende des Protestantismus?**

Saterland Verlag, Neumünster 1979.  
144 Seiten, 24,- DM.

Mit der weitgehenden Verfremdung des Protestantismus in Kirche und Theologie durch eine marxistische Ideologie setzt sich Lackner in verdienstvoller Weise auseinander. Er tut dies nicht aus einem Traditionalismus, sondern vom Zentrum evangelischen Glaubens her mit kritischem Blick auf Vergangenes und Gegenwärtiges.

Das große Unbehagen vieler evangelischer Christen an dem, was in protestantischen Kirchen geschieht und propagiert wird, leitet Lackner aus der Politisierung kirchlichen Lehrens und Handelns her, das seine Keime schon im Linksbarthianismus hat. Daraus wächst die Übernahme marxistischer Gesellschafts- und Religionskritik, die Absage an die Gnade Gottes und als Zielsetzung einer pseudobiblichen Ethik die „sozialistische Erneuerung der Gesellschaft.“ Nicht nur Theologen wie Gollwitzer, Moltmann, Sölle und Marquardt werden charakterisiert, sondern auch kirchlicher Alltag. Zu einem „Religionslehrbuch“, das eine Konvergenz von Christentum und Kommunismus intendiert und junge Menschen manipuliert, vermerkt Lackner: „Die fatale Neigung des Protestantismus, sich herrschenden Zeitströmungen anzupassen, erhält eine sozialistische Variante.“ Weitgehend wird im heutigen Protestantismus die biblische Botschaft mit Hilfe gesellschaftskritischer Vorentscheidungen zu einer politischen Ideologie umfunktioniert und wird Theologie durch Psychologie und Soziologie ersetzt.

Manchen Politikern und Publizisten können Lackners Argumente eine Hilfe zur Selbstkorrektur werden, etwa in Sachen Schulpolitik und Entwicklungs-

politik. Auch in kirchlichem Wirken wird durch marxistische Dialektik der „Westen“ zum Bösen entstellt, die Wirklichkeit des „Ostens“ aber verschwiegen, die Geschichte (auch die der Kirche) wird durch einseitige Auswahl verfälscht und die Bibel mit gesellschaftskritischer Umdeutung manipuliert. Aber: „Die marxistische These von der völligen Unvereinbarkeit von Religion und Marxismus ist als zutreffend anzusehen. Das sollte endlich auch von den kirchlichen Sympathisanten dieser Lehre akzeptiert werden.“ Oft scheint es so, als gehe im Raum des Protestantismus durch Verfremdung der Botschaft die „christliche Identität“ verloren. Lackner bedauert „die Unfähigkeit aller offiziellen kirchlichen Gremien“, dieses Problem zu erfassen und aufzuarbeiten. Daher erklärt sich die innerkirchliche Auswanderung vieler Protestanten. Heilsam wäre es für viele der in Kirchenleitungen, Öffentlichkeitsarbeit und Gemeinde-Alltag tätigen Menschen, sich der Kritik durch die Bibel zu stellen, – soweit man noch Gegenargumente bedenken kann und will.

Dem Autor ist für sein Buch zu danken, das jeder am kirchlichen Leben innerlich engagierte oder leidende Christ zur Hand nehmen sollte, um wieder Mut zum Mitwirken in dieser Kirche zu gewinnen.

Walther Bienert, Köln

Elisabeth Kübler-Ross

**Leben bis wir Abschied nehmen**

Mit 80 Fotos von Mal Warshaw und einem Beitrag von Dr. med. Paul Becker. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Christa Reich.

190 Seiten, gebunden mit mehrfarbigem Schutzumschlag, 32,- DM.

Kreuz-Verlag

Ein Werk wie dieses hat es bisher nicht gegeben. Es ist das Ergebnis der Zusammenarbeit von Elisabeth Kübler-Ross, dem New Yorker Meisterfotografen Mal Warshaw und vier Patienten, die an Krebs starben. Konkreter und eindrücklicher, aber auch menschlicher und dezentester ist das Sterben von Menschen – darunter ein Kind – noch nie zuvor dargestellt worden. Der Band do-

kumentiert nicht nur die ungewöhnliche therapeutische Arbeit von Frau Kübler-Ross, sondern zeigt darüber hinaus den Weg, auf dem Menschen lernen, den Tod als einen Teil ihres Lebens anzunehmen und so in Würde und Frieden zu sterben.

Außerdem berichtet die bekannte Autorin von ihrem 1977 gegründeten Forschungs- und Heilungszentrum in Kalifornien und erörtert praktische Alternativen zum üblichen Krankenhausbetrieb. Die Situation in deutschsprachigen Ländern schildert der Limburger Chefarzt Dr. Paul Becker. Mut, Menschlichkeit und Würde kennzeichnen jede Seite dieses Buches, das mit seinen eindrucksvollen Bildern und Berichten die Angst vor Tod und Sterben mindert und den Sinn des menschlichen Lebens bereichert.

Eduard Lohse

**Die Urkunde der Christen**

Was steht im Neuen Testament?

150 Seiten Text und 32 Seiten Fotos, 24,- DM.

Kreuz-Verlag

Das Neue Testament – die Urkunde der Christen – muß immer wieder neu vergegenwärtigt werden. Information über die historischen Sachverhalte, begleitet von zahlreichen Bildern, verbindet sich in diesem Band mit einer Hinführung zum eigentlichen Inhalt der frohen Botschaft. In 25 konzentrierten, aber ungemein klar formulierten Abschnitten führt Eduard Lohse den Leser zu den zentralen Themen des Evangeliums. Er beginnt mit der Gestalt Christi (Jesus, Christus, Kreuz, Auferstehung) und seiner Botschaft (Gott, Gerechtigkeit, Barmherzigkeit, Liebe, Beten, Wunder, Bergpredigt), berichtet vom Entstehen der Urchristenheit (Christen, Kirche, Taufe, Abendmahl, Mission) und ihrer Auseinandersetzung mit der Umwelt (Glauben, Handeln, Ehe, Politik, Leiden, Hoffnung) und schließt mit einem Überblick über die verschiedenen neutestamentlichen Schriften (Briefe, Evangelium, Bibel). Anschaulicher und verständlicher kann man sich ein solches Buch, das auch schon für junge Leser zugänglich ist, kaum vorstellen.